

Die wahren Gegner Amerikas sind seine Verbündeten:

Das Ziel der USA ist es, sie vom Handel mit China und Russland abzuhalten.

20.02.2022 | Michael Hudson

Der Eisernen Vorhang der 1940er und 50er Jahre war angeblich dazu gedacht, Russland von Westeuropa zu isolieren – um kommunistische Ideologie und militärisches Eindringen zu verhindern. Das heutige Sanktionssystem ist nach innen gerichtet und soll die NATO und andere westliche Verbündete daran hindern, mehr Handel und Investitionen mit Russland und China zu tätigen. Das Ziel besteht nicht so sehr darin, Russland und China zu isolieren, sondern vielmehr darin, diese Verbündeten fest in Amerikas eigener wirtschaftlicher Umlaufbahn zu halten. Die Verbündeten sollen auf die Vorteile der Einfuhr von russischem Gas und chinesischen Produkten verzichten und stattdessen viel teureres amerikanisches Flüssiggas und andere Exporte kaufen, die durch mehr amerikanische Waffen gedeckt werden.

Die Sanktionen, auf die US-Diplomaten bei ihren Verbündeten gegen den Handel mit Russland und China drängen, zielen angeblich darauf ab, eine militärische Aufrüstung zu verhindern. Aber eine solche Aufrüstung kann nicht wirklich das Hauptanliegen Russlands und Chinas sein. Sie haben viel mehr zu gewinnen, wenn sie dem Westen gegenseitige wirtschaftliche Vorteile anbieten. Die eigentliche Frage ist also, ob Europa seinen Vorteil darin sieht, die US-Exporte durch russische und chinesische Lieferungen und die damit verbundenen gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen zu ersetzen.

Was amerikanische Diplomaten beunruhigt, ist die Tatsache, dass Deutschland, andere NATO-Staaten und Länder entlang der „Belt and Road“-Route (Seidenstraße) die Vorteile verstehen, die durch die Öffnung von friedlichem Handel und Investitionen erzielt werden können. Wenn es keine russischen oder chinesischen Pläne gibt, in sie einzumarschieren oder sie zu bombardieren, wozu dann die NATO? Warum kaufen Amerikas wohlhabende Verbündete so viele US-Militärgüter? Und wenn es keine inhärent feindlichen Beziehungen gibt, warum müssen andere Länder ihre eigenen Handels- und Finanzinteressen opfern, indem sie sich ausschließlich auf amerikanische Exporteure und Investoren verlassen?

Dies sind die Bedenken, die den französischen Premierminister Macron dazu veranlasst haben, den Geist von Charles de Gaulle heraufzubeschwören und Europa aufzufordern, sich von dem, was er den „hirntoten“ Kalten Krieg der NATO nennt, abzuwenden und sich von den pro-amerikanischen Handelsvereinbarungen zu verabschieden, die Europa steigende Kosten aufbürden und ihm gleichzeitig potenzielle Gewinne aus dem Handel mit Eurasien vorenthalten. Selbst Deutschland sträubt sich gegen die Forderung, bis zum kommenden März auf russisches Gas zu verzichten.

Anstelle einer realen militärischen Bedrohung durch Russland und China besteht das Problem für die amerikanischen Strategen darin, dass es keine solche Bedrohung gibt. Alle Länder haben erkannt, dass die Welt einen Punkt erreicht hat, an dem keine Industrienation die Arbeitskraft und die

politischen Möglichkeiten hat, ein stehendes Heer in der Größe zu mobilisieren, die für eine Invasion oder auch nur für eine größere Schlacht mit einem bedeutenden Gegner erforderlich wäre. Aufgrund dieser politischen Kosten ist es für Russland unwirtschaftlich, Vergeltungsmaßnahmen gegen das abenteuerliche Vorgehen der NATO zu ergreifen, die an seiner Westgrenze herumstochert und versucht, eine militärische Reaktion hervorzurufen. Es hat einfach keinen Wert, die Ukraine zu übernehmen.

Amerikas zunehmender Druck auf seine Verbündeten droht diese aus der US-Umlaufbahn zu drängen. Über 75 Jahre lang hatten sie kaum eine praktische Alternative zur US-Hegemonie. Doch das ändert sich jetzt. Amerika verfügt nicht mehr über die Währungsmacht und den scheinbar chronischen Handels- und Zahlungsbilanzüberschuss, der es ihm 1944-45 ermöglichte, die Regeln für den Welthandel und die Investitionen festzulegen. Die Bedrohung für die Vorherrschaft der USA besteht darin, dass China, Russland und Mackinders eurasische Weltinsel bessere Handels- und Investitionsmöglichkeiten bieten als die USA, die von ihren NATO- und anderen Verbündeten immer verzweifeltere Opfer verlangen.

Das eklatanteste Beispiel ist das Bestreben der USA, Deutschland die Genehmigung für die Nord Stream 2-Pipeline zu verweigern, um russisches Gas für die kommende Kälteperiode zu beziehen. Angela Merkel vereinbarte mit Donald Trump, 1 Milliarde Dollar für den Bau eines neuen LNG-Hafens auszugeben, um abhängiger von hochpreisigem US-LNG zu werden. (Der Plan wurde nach den Wahlen in den USA und in Deutschland, bei denen beide Regierungschefs ausgetauscht wurden, gestrichen). Aber Deutschland hat keine andere Möglichkeit, viele seiner Häuser und Bürogebäude zu heizen (oder seine Düngemittelfirmen zu versorgen) als mit russischem Gas.

Die einzige Möglichkeit, die den US-Diplomaten bleibt, um die europäischen Käufe zu blockieren, besteht darin, Russland zu einer militärischen Reaktion zu veranlassen und dann zu behaupten, dass die Rache für diese Reaktion schwerer wiegt als jedes rein nationale wirtschaftliche Interesse. Wie die kämpferische Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, in einer Pressekonferenz des Außenministeriums am 27. Januar erklärte: „Wenn Russland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 nicht vorankommen.“ [1] Das Problem besteht darin, einen angemessenen Vorfall zu schaffen und Russland als Aggressor darzustellen.

Nuland brachte 2014 prägnant zum Ausdruck, wer die Politik der NATO-Mitglieder diktiert: „Fuck the EU!“ Das sagte sie, als sie dem US-Botschafter in der Ukraine mitteilte, dass das Außenministerium die Marionette Arsenij Jazenjuk als ukrainischen Premierminister unterstützte (der nach zwei Jahren wegen eines Korruptionsskandals abgesetzt wurde) und dass die politischen Agenturen der USA das blutige Massaker auf dem Maidan unterstützten, das den nunmehr achtjährigen Bürgerkrieg einleitete. Das Ergebnis hat die Ukraine ähnlich verwüstet wie die US-Gewalt in Syrien, Irak und Afghanistan. Dies ist keine Politik des Weltfriedens oder der Demokratie, die die europäischen Wähler gutheißen.

Die Handelssanktionen, die die USA gegen ihre NATO-Verbündeten verhängt haben, erstrecken sich auf das gesamte Handelsspektrum. Das von Sparmaßnahmen geplagte Litauen gab seinen Käse- und Agrarmarkt in Russland auf und hindert seine staatliche Eisenbahn daran, weißrussisches Kali zum Ostseehafen Klaipeda zu transportieren. Der Mehrheitseigentümer des Hafens beklagte sich, dass „Litauen durch die Einstellung der weißrussischen Exporte über Klaipeda Hunderte von

Millionen Dollar verlieren wird“ und „wegen gebrochener Verträge mit Rechtsansprüchen in Höhe von 15 Milliarden Dollar konfrontiert werden könnte“ [2]. Litauen hat sogar dem Drängen der USA zugestimmt, Taiwan anzuerkennen, was dazu geführt hat, dass China sich weigert, deutsche oder andere Produkte einzuführen, die in Litauen hergestellte Komponenten enthalten.

Europa wird Sanktionen auf Kosten steigender Energie- und Agrarpreise verhängen, indem es Einfuhren aus den USA Vorrang einräumt und auf russische, belarussische und andere Verbindungen außerhalb des Dollarraums verzichtet. Sergej Lawrow drückt es so aus: „Wenn die USA der Meinung sind, dass etwas ihren Interessen entspricht, können sie diejenigen verraten, mit denen sie befreundet waren, mit denen sie zusammengearbeitet haben und die ihre Positionen in der ganzen Welt unterstützt haben“ [3].

Amerikas Sanktionen gegen seine Verbündeten schaden deren Volkswirtschaften, nicht denen von Russland und China

Die Ironie dabei ist, dass die Sanktionen gegen Russland und China diesen Ländern eher geholfen als geschadet haben. Aber das primäre Ziel war es, der russischen und chinesischen Wirtschaft weder zu schaden noch zu helfen. Schließlich ist es selbstverständlich, dass Sanktionen die betroffenen Länder dazu zwingen, sich selbst zu versorgen. Ohne litauischen Käse haben die russischen Produzenten ihren eigenen hergestellt und müssen ihn nicht mehr aus den baltischen Staaten importieren. Die zugrunde liegende wirtschaftliche Rivalität Amerikas zielt darauf ab, die europäischen und die mit ihnen verbündeten asiatischen Länder in seiner eigenen, zunehmend geschützten wirtschaftlichen Umlaufbahn zu halten. Deutschland, Litauen und andere Verbündete werden aufgefordert, Sanktionen gegen ihr eigenes wirtschaftliches Wohlergehen zu verhängen, indem sie keinen Handel mit Ländern außerhalb des Dollarraums treiben.

Ganz abgesehen von der Gefahr eines tatsächlichen Krieges, die sich aus der Kriegslust der USA ergibt, werden die Kosten, die Amerikas Verbündeten entstehen, wenn sie sich den Forderungen der USA in den Bereichen Handel und Investitionen beugen, so hoch, dass sie politisch nicht mehr tragbar sind. Fast ein Jahrhundert lang gab es kaum eine andere Möglichkeit, als Handels- und Investitionsregeln zuzustimmen, die die US-Wirtschaft begünstigen – als Preis für die finanzielle und handelspolitische Unterstützung der USA und sogar für ihre militärische Sicherheit. Doch nun droht eine Alternative aufzutauchen – eine, die von Chinas „Belt and Road“-Initiative und von Russlands Wunsch nach ausländischen Investitionen zur Modernisierung seiner Industrieorganisation profitiert, wie es vor dreißig Jahren, 1991, versprochen worden zu sein schien.

Seit den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs zielt die US-Diplomatie darauf ab, Großbritannien, Frankreich und insbesondere das besiegte Deutschland und Japan in eine wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA zu zwingen. Wie ich in *Superimperialismus* dokumentiert habe, zerschlugen amerikanische Diplomaten das britische Empire und absorbierten dessen Sterling-Gebiet durch die belastenden Bedingungen, die zunächst durch Lend-Lease und dann durch das Anglo-American Loan Agreement von 1946 auferlegt wurden. Letzteres verpflichtete Großbritannien, seine Politik der imperialen Präferenz aufzugeben und die Sterling-Guthaben freizugeben, die Indien und andere Kolonien während des Krieges für ihre Rohstoffexporte angehäuft hatten, wodurch das britische Commonwealth für US-Exporte geöffnet wurde.

Großbritannien verpflichtete sich, seine Vorkriegsmärkte nicht durch eine Abwertung des Pfund Sterling zurückzugewinnen. Die US-Diplomaten gründeten daraufhin den IWF und die Weltbank zu Bedingungen, die die US-Exportmärkte förderten und die Konkurrenz aus Großbritannien und anderen ehemaligen Rivalen abschreckten. Die Debatten im Ober- und Unterhaus zeigten, dass die britischen Politiker erkannten, dass sie in eine untergeordnete wirtschaftliche Position gedrängt wurden, dass sie aber keine Alternative hatten. Und wenn sie erst einmal aufgegeben hatten, hatten die US-Diplomaten freie Hand, um sich mit dem übrigen Europa auseinanderzusetzen.

Die finanzielle Macht hat es Amerika ermöglicht, die westliche Diplomatie weiterhin zu dominieren, obwohl es 1971 aufgrund der Zahlungsbilanzkosten seiner Militärausgaben in Übersee gezwungen war, das Gold aufzugeben. Im letzten halben Jahrhundert haben ausländische Länder ihre internationalen Währungsreserven in US-Dollar gehalten – hauptsächlich in US-Schatzpapieren, US-Bankkonten und anderen Finanzanlagen in der US-Wirtschaft. Der Treasury-Bill-Standard verpflichtet ausländische Zentralbanken, das militärisch bedingte Zahlungsbilanzdefizit der USA zu finanzieren – und damit auch das Haushaltsdefizit der heimischen Regierung.

Die USA brauchen dieses Recycling nicht, um Geld zu schaffen. Die Regierung kann einfach Geld drucken, wie die MMT (Modern Monetary Theory) gezeigt hat. Aber die USA brauchen dieses Dollar-Recycling durch ausländische Zentralbanken, um ihre internationalen Zahlungen auszugleichen und den Wechselkurs des Dollars zu stützen. Würde der Dollar abwerten, wäre es für das Ausland viel einfacher, internationale Dollar-Schulden in ihrer eigenen Währung zu begleichen. Die US-Importpreise würden steigen, und es wäre für US-Investoren teurer, ausländische Vermögenswerte zu kaufen. Und Ausländer würden mit US-Aktien und -Anleihen, die auf ihre eigenen Währungen lauten, Geld verlieren und diese aufgeben. Vor allem die Zentralbanken würden Verluste bei den Dollar-Anleihen des Finanzministeriums hinnehmen, die sie in ihren Währungsreserven halten, und würden Interesse daran finden, sich vom Dollar zu trennen.

Die Zahlungsbilanz und der Wechselkurs der USA sind also beide durch die Kriegstreiberei und die Militärausgaben der USA in der ganzen Welt bedroht – und dennoch versuchen die Diplomaten der USA, die Lage zu stabilisieren, indem sie die militärische Bedrohung auf ein Krisenniveau anheben.

Das Bestreben der USA, ihre europäischen und ostasiatischen Protektorate in ihrer eigenen Einflussphäre zu halten, wird durch das Aufkommen Chinas und Russlands unabhängig von den USA bedroht, während die US-Wirtschaft infolge ihrer eigenen bewussten politischen Entscheidungen de-industrialisiert wird. Die industrielle Dynamik, die die USA vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre so dominant gemacht hat, ist einer evangelistischen neoliberalen Finanzialisierung gewichen. Deshalb müssen die US-Diplomaten ihre Verbündeten unter Druck setzen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem postsowjetischen Russland und dem sozialistischen China zu blockieren, deren Wachstum das der USA übertrifft und deren Handelsvereinbarungen mehr Möglichkeiten für gegenseitige Vorteile bieten.

Die Frage ist, wie lange die USA ihre Verbündeten davon abhalten können, vom Wirtschaftswachstum Chinas zu profitieren. Werden Deutschland, Frankreich und andere NATO-Länder ihren eigenen Wohlstand anstreben, anstatt zuzulassen, dass der US-Dollarkurs und die Handelspräferenzen ihren wirtschaftlichen Überschuss abschöpfen?

Öldiplomatie und Amerikas Traum vom postsowjetischen Russland

Gorbatschow und andere russische Beamte erwarteten 1991, dass sich ihre Wirtschaft an den Westen wenden würde, um sie nach dem Vorbild der USA, Deutschlands und anderer Volkswirtschaften zu reorganisieren. Die gegenseitige Erwartung in Russland und Westeuropa war, dass deutsche, französische und andere Investoren die postsowjetische Wirtschaft nach effizienteren Grundsätzen umstrukturieren würden.

Das war nicht der Plan der USA. Als Senator John McCain Russland als „eine Tankstelle mit Atombomben“ bezeichnete, war das der Traum der Amerikaner von dem, was sie aus Russland machen wollten – mit Russlands Gasunternehmen, die in die Kontrolle von US-Aktionären übergehen, beginnend mit der geplanten Übernahme von Yukos, wie sie mit Michail Chordokowski vereinbart wurde. Das letzte, was die US-Strategen sehen wollten, war ein blühendes, wiederbelebtes Russland. Die US-Berater versuchten, Russlands natürliche Ressourcen und andere nicht-industrielle Vermögenswerte zu privatisieren, indem sie sie Kleptokraten überließen, die den Wert dessen, was sie privatisiert hatten, nur durch den Verkauf an US-amerikanische und andere ausländische Investoren gegen harte Währung „abkassieren“ konnten. Das Ergebnis war ein neoliberaler wirtschaftlicher und demografischer Zusammenbruch in den postsowjetischen Staaten.

In gewisser Weise hat sich Amerika in seine eigene Version einer Tankstelle mit Atombomben (und Waffenexporten) verwandelt. Die US-Öldiplomatie zielt darauf ab, den weltweiten Ölhandel zu kontrollieren, damit die enormen Gewinne den großen US-Ölkonzernen zufließen. Um das iranische Öl in den Händen von British Petroleum zu halten, arbeitete Kermit Roosevelt von der CIA mit der Anglo-Persian Oil Company von British Petroleum zusammen, um den gewählten iranischen Führer Mohammed Mossadegh 1954 zu stürzen, als dieser versuchte, das Unternehmen zu verstaatlichen, nachdem es sich Jahrzehnte lang geweigert hatte, die versprochenen Beiträge zur Wirtschaft zu leisten. Nach der Einsetzung des Schahs, dessen Demokratie auf einem brutalen Polizeistaat beruhte, drohte der Iran erneut, als Herr über seine eigenen Ölressourcen aufzutreten. So sah er sich erneut mit von den USA unterstützten Sanktionen konfrontiert, die bis heute in Kraft sind. Ziel dieser Sanktionen ist es, den weltweiten Ölhandel fest unter amerikanischer Kontrolle zu halten, denn Öl ist Energie, und Energie ist der Schlüssel zu Produktivität und realem BIP.

In den Fällen, in denen ausländische Regierungen wie Saudi-Arabien und die benachbarten arabischen Petrostaaten die Kontrolle übernommen haben, müssen die Exporteinnahmen ihres Öls auf den US-Finanzmärkten deponiert werden, um den Wechselkurs des Dollars und die finanzielle Vorherrschaft der USA zu stützen. Als sie 1973-74 ihre Ölpreise vervierfachten (als Reaktion auf die Vervierfachung der US-Getreideexportpreise), legte das US-Außenministerium das Gesetz fest und sagte Saudi-Arabien, es könne so viel für sein Öl verlangen, wie es wolle (und damit den Preisschirm für die US-Ölproduzenten aufspannen), aber es musste seine Ölexporteinnahmen in Form von auf Dollar lautenden Wertpapieren in die USA zurückführen – hauptsächlich in Form von US-Schatzpapieren und US-Bankkonten, zusammen mit einigen Minderheitsbeteiligungen an US-Aktien und -Anleihen (aber nur als passive Investoren, die diese finanzielle Macht nicht zur Kontrolle der Unternehmenspolitik nutzen).

Die zweite Art der Verwertung von Ölexporterlösen war der Kauf von US-Waffenexporten, wobei Saudi-Arabien zu einem der größten Kunden des militärisch-industriellen Komplexes wurde. Die US-Waffenproduktion ist nicht in erster Linie militärischer Natur. Wie die Welt jetzt im Streit um

die Ukraine sieht, verfügt Amerika nicht über eine kämpfende Armee. Was es hat, ist das, was man früher eine „Fressarmee“ nannte. Die US-Rüstungsproduktion beschäftigt Arbeitskräfte und stellt Waffen als eine Art Prestigeobjekt her, mit dem die Regierungen angeben können, und nicht für den tatsächlichen Kampf. Wie bei den meisten Luxusgütern ist der Preisaufschlag sehr hoch. Das ist ja auch das Wesen von High Fashion und Stil. Der Militärisch-Industrielle Komplex (MIC) verwendet seine Gewinne zur Subventionierung der zivilen US-Produktion in einer Weise, die nicht gegen die internationalen Handelsgesetze gegen staatliche Subventionen verstößt.

Manchmal wird natürlich tatsächlich militärische Gewalt angewendet. Im Irak setzten erst George W. Bush und dann Barack Obama das Militär ein, um die Ölreserven des Landes sowie die Syriens und Libyens zu beschlagnahmen. Die Kontrolle über das weltweite Öl ist die Stütze der amerikanischen Zahlungsbilanz. Trotz der weltweiten Bemühungen, die Erwärmung des Planeten zu verlangsamen, betrachten die US-Beamten das Öl weiterhin als Schlüssel zu Amerikas wirtschaftlicher Vormachtstellung. Aus diesem Grund weigert sich das US-Militär noch immer, dem Befehl des Irak, das Land zu verlassen, Folge zu leisten, und hält seine Truppen in der Kontrolle des irakischen Öls, und deshalb hat es mit den Franzosen vereinbart, Libyen zu zerstören, und hat noch immer Truppen in den Ölfeldern Syriens. Näher an der Heimat: Präsident Biden hat Offshore-Bohrungen genehmigt und unterstützt Kanadas Ausbau der Athabasca-Teersande, des umweltschädlichsten Öls der Welt.

Zusammen mit den Erdöl- und Lebensmittelexporten tragen die Waffenexporte zur Finanzierung der amerikanischen Militärausgaben auf den 750 Stützpunkten im Ausland bei, die dem Standard des Schatzamtes entsprechen. Aber ohne einen ständigen Feind, der ständig vor den Toren droht, fällt die Existenz der NATO auseinander. Wozu sollten die Länder U-Boote, Flugzeugträger, Flugzeuge, Panzer, Raketen und andere Waffen kaufen?

Mit der Deindustrialisierung der USA wird ihr Handels- und Zahlungsbilanzdefizit immer problematischer. Die USA sind auf Waffenexporte angewiesen, um ihr wachsendes Handelsdefizit zu verringern und um ihre Verkehrsflugzeuge und andere zivile Sektoren zu subventionieren. Die Herausforderung besteht darin, seinen Wohlstand und seine weltweite Dominanz aufrechtzuerhalten, während die Deindustrialisierung voranschreitet und das Wirtschaftswachstum in China und jetzt auch in Russland ansteigt.

Amerika hat seinen industriellen Kostenvorteil durch den drastischen Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Geschäftskosten in seiner finanzialisierten postindustriellen Rentenwirtschaft* verloren. Wie Seymour Melman in den 1970er Jahren erläuterte, basiert der Pentagon-Kapitalismus zudem auf Kosten-Plus-Verträgen: Je mehr die militärische Ausrüstung kostet, desto mehr Gewinn erhalten die Hersteller. Die US-Waffen sind also übertechnisiert – daher die 500-Dollar-Toiletten-sitze anstelle eines 50-Dollar-Modells. Die Hauptattraktivität von Luxusgütern, einschließlich militärischer Ausrüstung, ist schließlich ihr hoher Preis.

*Als **Rentenökonomie** wird eine Art Mangelwirtschaft bezeichnet, in der die Akteure vorwiegend nicht durch Eigenleistung und produktiven Faktoreneinsatz zu Wohlstand kommen, sondern durch die Ausnutzung von strukturell bedingten Knappheitslagen, die zum Schaden der Allgemeinheit stabilisiert und nicht durch höhere Produktion überwunden werden.

Dies ist der Hintergrund für die Wut der USA über ihr Versagen, sich Russlands Ölressourcen zu bemächtigen – und darüber, dass Russland sich auch militärisch befreit hat, um seine eigenen Waffenexporte zu entwickeln, die jetzt in der Regel besser und viel billiger sind als die der USA.

Heute befindet sich Russland in der Lage des Irans von 1954 und 1979. Nicht nur, dass seine Ölverkäufe mit denen von US-LNG konkurrieren, Russland behält auch seine Ölexporterlöse im eigenen Land, um seine Reindustrialisierung zu finanzieren und so die Wirtschaft wieder aufzubauen, die durch die von den USA geförderte Schock-„Therapie“ der 1990er Jahre zerstört wurde.

Der Weg des geringsten Widerstands für die US-Strategie, die versucht, die Kontrolle über die weltweite Ölversorgung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig ihren Exportmarkt für Luxuswaffen über die NATO aufrechtzuerhalten, besteht darin, „Wolf!“ zu schreien und darauf zu bestehen, dass Russland kurz davor steht, in die Ukraine einzumarschieren – als ob Russland irgendetwas zu gewinnen hätte, wenn es die ärmste und am wenigsten produktive Volkswirtschaft Europas mit einem Sumpfkrieg überzieht. Im Winter 2021/22 haben die USA lange versucht, die NATO und Russland zu einem Kampf zu drängen – ohne Erfolg.

Die USA träumen von einem neoliberalisierten China als Tochtergesellschaft eines US-Konzerns

Amerika hat sich durch eine bewusste Politik der Senkung der Produktionskosten entindustrialisiert, da seine Produktionsunternehmen Niedriglohnarbeit im Ausland, vor allem in China, gesucht haben. Diese Verlagerung war keine Rivalität mit China, sondern wurde als gegenseitiger Gewinn betrachtet. Von amerikanischen Banken und Investoren wurde erwartet, dass sie sich die Kontrolle und die Gewinne der chinesischen Industrie sichern, wenn diese vermarktet wird. Die Rivalität bestand zwischen den amerikanischen Arbeitgebern und den amerikanischen Arbeitnehmern, und die Waffe des Klassenkampfes war das Offshoring und die damit einhergehende Kürzung der staatlichen Sozialausgaben.

Ähnlich wie das russische Streben nach einem von der US-Kontrolle unabhängigen Öl-, Waffen- und Agrarhandel besteht Chinas Offensive darin, die Gewinne seiner Industrialisierung im eigenen Land zu halten, den Staatsbesitz an bedeutenden Unternehmen beizubehalten und vor allem die Geldschöpfung und die Bank of China als öffentliches Versorgungsunternehmen zu erhalten, um seine eigene Kapitalbildung zu finanzieren, anstatt die Finanzierung durch US-Banken und Maklerhäuser zu ermöglichen und die Überschüsse in Form von Zinsen, Dividenden und Verwaltungsgebühren abzuschöpfen. Die einzige Rettung für die Unternehmensplaner in den USA ist die Rolle Chinas bei der Verhinderung eines Anstiegs der Löhne in den USA, indem es eine Quelle für billige Arbeitskräfte bietet, die es den amerikanischen Herstellern ermöglicht, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Der Klassenkampf der Demokratischen Partei gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer begann in der Carter-Regierung und beschleunigte sich erheblich, als Bill Clinton mit NAFTA die südliche Grenze öffnete. Entlang der Grenze wurde eine Reihe von Maquiladoras errichtet, um billige Handwerksarbeit zu liefern. Dies wurde zu einem so erfolgreichen Profitcenter für Unternehmen, dass Clinton im Dezember 2001, im letzten Monat seiner Amtszeit, darauf drängte, China in die Welthandelsorganisation aufzunehmen. Man träumte davon, dass China zu einem Profitcenter für US-Investoren werden würde, das für US-Firmen produzierte und seine Kapitalinvestitionen (und, so hoffte man, auch den Wohnungsbau und die Staatsausgaben) durch die Aufnahme von US-Dollar und die Organisation seiner Industrie in einem Aktienmarkt finanzierte, der, ähnlich wie der russische in den Jahren 1994-96, zu einem führenden Anbieter von Finanz- und Kapitalgewinnen für US-amerikanische und andere ausländische Investoren werden würde.

Walmart, Apple und viele andere US-Unternehmen errichteten Produktionsstätten in China, was zwangsläufig einen Technologietransfer und die Schaffung einer effizienten Infrastruktur für den Exporthandel mit sich brachte. Goldman Sachs leitete den finanziellen Ansturm und verhalf Chinas Aktienmarkt zu einem Höhenflug. All dies war das, worauf Amerika gedrängt hatte.

Wo ist Amerikas neoliberaler Traum vom Kalten Krieg gescheitert? Zunächst einmal folgte China nicht der Politik der Weltbank, die Regierungen dazu anzuhalten, Kredite in Dollar aufzunehmen, um US-Ingenieurbüros mit der Bereitstellung von Exportinfrastruktur zu beauftragen. Das Land industrialisierte sich auf die gleiche Weise wie die Vereinigten Staaten und Deutschland im späten 19. Durch umfangreiche öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, um Grundbedürfnisse zu subventionierten Preisen oder kostenlos bereitzustellen, von der Gesundheitsfürsorge und dem Bildungswesen bis hin zu Transport und Kommunikation, um die Lebenshaltungskosten für Arbeitgeber und Exporteure zu minimieren. Vor allem aber vermied China den Schuldendienst im Ausland, indem es sein eigenes Geld schuf und die wichtigsten Produktionsanlagen in eigener Hand behielt.

Die Forderungen der USA treiben ihre Verbündeten aus dem Handels- und Währungsraum der Dollar-NATO heraus

Wie in einer klassischen griechischen Tragödie führt die Außenpolitik der USA genau das Ergebnis herbei, das sie am meisten fürchtet. Indem sie es mit ihren eigenen NATO-Verbündeten übertreiben, führen die US-Diplomaten Kissingers Albtraum-Szenario herbei und treiben Russland und China zusammen. Während Amerikas Verbündete die Kosten der US-Sanktionen zu tragen haben, profitieren Russland und China davon, indem sie gezwungen werden, ihre eigene Wirtschaft zu diversifizieren und von der Abhängigkeit von US-Lieferanten für Lebensmittel und andere Grundbedürfnisse unabhängig zu machen. Vor allem schaffen diese beiden Länder ihre eigenen, entdollarisierten Kredit- und Abwicklungssysteme und halten ihre internationalen Währungsreserven in Form von Gold, Euro und den Währungen der jeweils anderen Länder, um ihren gegenseitigen Handel und ihre Investitionen abzuwickeln.

Diese Entdollarisierung bietet eine Alternative zu der unipolaren Fähigkeit der USA, über den US-Schatzwechselstandard für die weltweiten Währungsreserven kostenlose ausländische Kredite zu erhalten. Was wird den Dollar stützen, wenn ausländische Länder und ihre Zentralbanken den Dollar abschaffen? Wie können die Vereinigten Staaten ohne die kostenlose Kreditlinie, die von den Zentralbanken zur Verfügung gestellt wird und die automatisch Amerikas ausländische Militärausgaben und andere Ausgaben in Übersee in die US-Wirtschaft zurückführt (mit nur einer minimalen Rendite), ihre internationalen Zahlungen angesichts ihrer Deindustrialisierung ausgleichen?

Die USA können ihre Deindustrialisierung und ihre Abhängigkeit von chinesischen und anderen asiatischen Arbeitskräften nicht einfach dadurch rückgängig machen, dass sie die Produktion zurück ins Land holen. Sie haben einen zu hohen Renten-Overhead in ihre Wirtschaft eingebaut, als dass ihre Arbeitskräfte in der Lage wären, international zu konkurrieren, wenn man bedenkt, dass die US-Lohnempfänger hohe und steigende Kosten für Wohnen und Bildung, Schuldendienst und Krankenversicherung sowie für privatisierte Infrastrukturleistungen zu tragen haben.

Die einzige Möglichkeit für die USA, ihr internationales finanzielles Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, besteht darin, Monopolpreise für ihre Waffen-, patentierten pharmazeutischen und informa-

tionstechnologischen Exporte zu erheben und die Kontrolle über die lukrativsten Produktions- und potenziell rentabelsten Sektoren im Ausland zu erwerben – mit anderen Worten, die neoliberale Wirtschaftspolitik in der ganzen Welt in einer Weise zu verbreiten, die andere Länder dazu zwingt, von US-Krediten und -Investitionen abzuhängen.

Das ist kein Weg für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Die Alternative zur neoliberalen Doktrin ist Chinas Wachstumspolitik, die der gleichen grundlegenden industriellen Logik folgt, mit der Großbritannien, die USA, Deutschland und Frankreich während ihrer eigenen industriellen Aufschwünge mit starker staatlicher Unterstützung und Sozialausgabenprogrammen zur industriellen Macht aufstiegen.

Die USA haben sich seit den 1980er Jahren von dieser traditionellen Industriepolitik verabschiedet. Sie zwingen ihrer eigenen Wirtschaft die neoliberale Politik auf, die das Pinochet-geprägte Chile, das Thatcher-geprägte Großbritannien und die postindustriellen ehemaligen Sowjetrepubliken, das Baltikum und die Ukraine seit 1991 de-industrialisiert hat. Der stark polarisierte und verschuldete Wohlstand basiert auf der Aufblähung der Immobilien- und Wertpapierpreise und der Privatisierung der Infrastruktur.

Dieser Neoliberalismus war der Weg zu einer gescheiterten Wirtschaft und in der Tat zu einem gescheiterten Staat, der unter Schuldendeflation, steigenden Wohnungspreisen und Mieten bei sinkender Eigenheimquote sowie exorbitanten medizinischen und anderen Kosten zu leiden hat, die aus der Privatisierung dessen resultieren, was andere Länder kostenlos oder zu subventionierten Preisen als Menschenrechte anbieten – Gesundheitsversorgung, Bildung, Krankenversicherung und Renten.

Der Erfolg von Chinas Industriepolitik mit einer gemischten Wirtschaft und staatlicher Kontrolle des Geld- und Kreditsystems hat US-Strategen zu der Befürchtung veranlasst, dass die westeuropäischen und asiatischen Volkswirtschaften ihren Vorteil in einer engeren Integration mit China und Russland sehen könnten. Die USA scheinen auf eine solche globale Annäherung an China und Russland keine andere Antwort zu haben als Wirtschaftssanktionen und militärische Kriegsführung. Diese Haltung des Neuen Kalten Krieges ist teuer, und andere Länder scheuen sich, die Kosten eines Konflikts zu tragen, der ihnen selbst nichts bringt und sogar ihr eigenes Wirtschaftswachstum und ihre politische Unabhängigkeit zu destabilisieren droht.

Wie können die USA ohne Subventionen aus diesen Ländern, insbesondere in dem Maße, wie China, Russland und ihre Nachbarn ihre Volkswirtschaften entdollarisieren, die Zahlungsbilanzkosten für ihre Militärausgaben im Ausland aufrechterhalten? Eine Kürzung dieser Ausgaben und die Wiedererlangung industrieller Eigenständigkeit und wettbewerbsfähiger Wirtschaftskraft würde einen Wandel in der amerikanischen Politik erfordern. Ein solcher Wandel scheint unwahrscheinlich, aber wie lange kann es Amerikas postindustrielle Rentenökonomie ohne ihn schaffen, andere Länder zu zwingen, ihr den wirtschaftlichen Wohlstand – buchstäblich einen Zufluss – zu verschaffen, den sie im eigenen Land nicht mehr produziert?

1. <https://www.state.gov/briefings/department-press-briefing-january-27-2022/>. Sie wies die Kommentare von Reportern zurück, dass „das, was die Deutschen öffentlich gesagt haben, nicht genau mit dem übereinstimmt, was Sie sagen“, und erläuterte die Taktik der USA, Nord Stream 2 zu blockieren. Auf die Bemerkung eines Reporters, dass „sie es nur einschalten müssen“, antwortete sie: „Wie Senator Cruz zu sagen pflegt ... ist es derzeit ein Stück Metall auf dem Grund des Ozeans. Er muss getestet werden. Es muss zertifiziert werden. Es braucht eine behördliche Genehmigung.“ Eine aktuelle Übersicht über die zunehmend angespannte geopolitische Lage findet sich in John Foster, „Pipeline Politics hits Multipolar Realities: Nord Stream 2 und die Ukraine-Krise“, *Counterpunch*, February 3, 2022. [↑](#)
2. Andrew Higgins, “Fueling a Geopolitical Tussle in Eastern Europe: Fertilizer,” *The New York Times*, January 31, 2022. The owner plans to sue Lithuania’s government for hefty damages. [↑](#)
3. Russian Foreign Affairs Ministry, “Foreign Minister Sergey Lavrov’s answers to questions from Channel One’s Voskresnoye Vremya programme,” Moscow, January 30, 2022. *Johnson’s Russia List*, January 31, 2022, #